



Innenausschuss

69. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

9

Der Ausschuss kommt überein, die bisherigen Tagesordnungspunkte 1 „Informationen zu rechtsextremistischen Bestrebungen in den NRW-Sicherheitsbehörden“, 9 „Welche Verbindungen gibt es zwischen den Mitgliedern der rechtsextremistischen Chatgruppen aus dem Polizeipräsidium Essen und den ‚Steeler Jungs‘?“ und 12 „Regelabfrage beim Verfassungsschutz vor Einstellung von Polizeianwärterinnen und -anwärtern“ zusammen mit der Aktuellen Viertelstunde der AfD-Fraktion aufzurufen.

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 7 „Den Katastrophenschutz in NRW stärken – Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen“ heute nicht zu beraten.

1 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW (beantragt von Hartmut Ganzke [SPD] [s. Anlage 1])

10

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

2 Informationen zu rechtsextremistischen Bestrebungen in den NRW-Sicherheitsbehörden (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **12**

in Verbindung mit:

Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]*)

in Verbindung mit:

10 Welche Verbindungen gibt es zwischen den Mitgliedern der rechtsextremistischen Chatgruppen aus dem Polizeipräsidium Essen und den „Steeler Jungs“? (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4030

in Verbindung mit:

13 Regelabfrage beim Verfassungsschutz vor Einstellung von Polizeianwärterinnen und -anwärtern (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4]; Handout „Maßnahmen zur Prävention gegen Extremismus in der nordrhein-westfälischen Polizei seit Juni 2017“ [s. Anlage 5]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4026

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) **27**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Vorlage 17/3968

Vorlage 17/4020

Vorlage 17/4025

Einzelplan 03

– mündlicher Bericht der Landesregierung

4 Gesetz zur stärkeren Verankerung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Arbeit des Westdeutschen Rundfunks (FDGO-WDR-Gesetz) 28

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8417 (Neudruck)

Stellungnahme 17/2917
Stellungnahme 17/2973

Ausschussprotokoll 17/1116 (*Anhörung am 10.09.2020*)

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11603

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die AfD-Fraktion ab.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die AfD-Fraktion, den Gesetzentwurf abzulehnen.

5 Gesetz über die Gewährung von Wertschätzungsprämien und die Stiftung von Ehrenzeichen im Brand- und Katastrophenschutz (Prämien- und Ehrenzeichengesetz – PräEG) – Wertschätzung für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte! 31

– Wortbeiträge

6 Gesetz zur Anpassung bestehenden Landesrechts an die COVID-19-Pandemie und sonstige pandemiebedingte Sondersituationen 33

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11165

– abschließende Beratung und Abstimmung

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

- 7 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung über eine Kooperation zur Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, insbesondere über die Nutzung und gemeinsame Weiterentwicklung des Beteiligungsportals des Freistaates Sachsen** **34**
- Vorlage 17/3959
Drucksache 17/11257
- keine Wortbeiträge
- 8 Den Katastrophenschutz in NRW stärken – Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen** **35**
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9348
- Stellungnahme 17/3013
Stellungnahme 17/3078
Stellungnahme 17/3090
Stellungnahme 17/3094
Stellungnahme 17/3156
- Auswertung der schriftlichen Anhörung von Sachverständigen
- wird nicht behandelt
- 9 Wie bewertet die Landesregierung die Vorwürfe im Zusammenhang mit einem Polizeieinsatz in Krefeld am 10.10.2020? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **36**
- in Verbindung mit:
- Polizeieinsatz in Krefeld (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4046
- Wortbeiträge

- 11 Was unternimmt die Landesregierung gegen den Anstieg der Drogenkriminalität?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **38**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4044
- keine Wortbeiträge
- 12 Bessere Aufgabenwahrnehmung – Drohnen unterstützen die Arbeit der Polizei Nordrhein-Westfalen** *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **39**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 14 Sachstand zum „Wertedialog“ in der Polizei** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4])* **43**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4027
- keine Wortbeiträge
- 15 Broschüre des Polizeipräsidiums Essen zu „Clankriminalität“** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4])* **44**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4031
- Wortbeiträge
- 16 Geplante Einführung einer Gewahrsamsvollzugsverordnung NRW für die Polizei** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN [s. Anlage 4])* **45**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4051
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

- 17 Bodycams – Stand der Beschaffung und Aus- bzw. Fortbildung** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4]*) **47**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4028
- Wortbeiträge
- 18 Verbindungen zum rechtsextrem beeinflussten Sicherheitsunternehmen „Asgaard“** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4]*) **48**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4040
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 19 Der Bombenleger aus Lüdenscheid ist geständig: Wer ist der Mann und was hat er tatsächlich beabsichtigt?** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **49**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4050
- Wortbeiträge
- 20 Junge Union Dortmund stellt Strafanzeige gegen CDU-Kreisvorstand und zwei Beauftragte der Landesregierung** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **50**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4045
- keine Wortbeiträge

- 21 Mutmaßliche „Großfamilie“ behindert Notarzteinsatz und verursacht Großeinsatz der Polizei in Bielefeld** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])* **51**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4041

– Wortbeiträge

- 22 Sachstand und Neutralität der Extremismusbeauftragten in der Polizei NRW** *(Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP [s. Anlage 7])* **52**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4029

– keine Wortbeiträge

* * *

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Vorlage 17/3968

Vorlage 17/4020

Vorlage 17/4025

Einzelplan 03

Minister Herbert Reul (IM) berichtet wie folgt:

Ich mache es ganz kurz, weil wir das meiste aufgeschrieben haben, und will nur ein paar Sachen betonen, die mir wichtig sind. Der Aufwuchs für mein Ressort beträgt knapp 215 Millionen Euro, sodass wir im Jahr 2021 auf rund 6,4 Milliarden Euro kommen werden. Das Schönste und Wichtigste ist, dass wir in Zukunft 2.660 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter einstellen werden. Die zweimal 100 Stellen mehr haben damit zu tun, dass wir das für 2020 auch machen wollen.

Wir werden auch die Planstellen insbesondere bei den Spezialistinnen und Spezialisten beim Staatsschutz mit rund 100 Stellen verstärken; diese Debatte haben wir auch geführt.

Auch im nächsten Jahr wird es wieder 500 zusätzliche Stellen für die Verwaltungsangestellten geben. Zudem stärken wir den Verfassungsschutz personell und insbesondere das Personal für die Digitalisierung, was das gesamte Haus betrifft. Hierzu haben wir eine neue Abteilung, und die Aufgaben wachsen, sodass wir uns darauf vorbereiten müssen. Es geht um Informationssicherheit und Digitalisierung. Das betrifft nicht nur das Haus, sondern auch den Geschäftsbereich, denn gerade das Vorletzte hat mit den Veränderungen bei den Bezirksregierungen zu tun, die beachtet werden müssen.

Wir werden bei den Regierungsinspektoren zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter ansiedeln, nämlich 340 bei der Bezirksregierung und 69 bei den Polizeibehörden.

Auch werden wir Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter einstellen können.

Für den Feuerschutz stellen wir rund 39 Millionen Euro ein.

Darüber hinaus investieren wir mehrere Millionen Euro in Spezialtechnik; das finden Sie alles aufgeschrieben.

Vorsitzender Daniel Sieveke erinnert an die Vereinbarung, in der Sitzung am 19. November 2020 über Änderungsanträge der Fraktionen sowie das Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss abzustimmen. Die Obleute hätten sich darauf verständigt, schriftliche Fragen bis zum 5. November 2020 an das Ministerium einzureichen, die das Ministerium bis zum 13. November 2020 schriftlich beantworten möge.

